

80 Jahre „Heim ins Reich“

80 Jahre Vertreibung der polnischen Nachbarn

Die vor 80 Jahren vom Deutschen Reich durchgeführte Aktion „Heim ins Reich“ und die Vertreibung eines Teils der polnischen Bevölkerung aus den westlichen polnischen Gebieten stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang, der den meisten Deutschen einschließlich der Vertriebenen und Spätaussiedlern unbekannt ist.

1939, zu Beginn des 2. Weltkrieges, wurde das besetzte Polen zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR geteilt. Die an Deutschland angrenzenden Gebiete mit 92.000 km² und 10 Millionen Einwohnern wurden in die östlichen „Reichsgaue“ - Ostpreußen, Westpreußen, Wartheland und Oberschlesien - eingegliedert.* Aus den übrigen vom Deutschen Reich eroberten Gebieten mit 96.000 km² und 11 Millionen wurde das „Generalgouvernement“ gebildet.

Die in das Deutsche Reich eingegliederten Gebiete sollten „eingedeutscht“ werden, um Hitlers Vorstellungen von einem „Großdeutschen Reich“ zu realisieren. In Umsetzung dieser Zielsetzung wurde in den Jahren 1939 - 1944 die Aktion „Heim ins Reich“ durchgeführt. **

Vor dem Krieg hatten in ganz Polen 1,2 Millionen Deutsche gelebt. Fast alle besaßen die polnische Staatsbürgerschaft. In den übrigen mittel- und osteuropäischen Staaten – ohne Tschechoslowakei – lebten weitere 3,6 Millionen Deutsche. Sie wollte Hitler in die eingegliederten Gebiete „heimholen“.

Um für die „Heimgeholten“ Platz zu schaffen, wurden die Juden ermordet und ein Teil der ethnischen Polen vertrieben. Diese Polen und Juden waren die Nachbarn, Arbeitgeber, Arbeiter, Ärzte, Rechtsanwälte oder Freunde und manchmal auch Verwandte der hier ansässigen Deutschen. Daher muss, wenn die „Heimholung“ der deutschen Minderheiten behandelt wird, zunächst das deutsch-polnische Verhältnis im westlichen Polen betrachtet werden.

**) Alle Zahlenangaben in diesem Artikel wurden allgemein zugänglichen Veröffentlichungen entnommen und abgerundet, die meisten Zahlen dem von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen „Atlas zur Geschichte Ostmitteleuropas“ und dem Buch von Andreas Kossert „Kalte Heimat“.*

****) Die Aktion „Heim ins Reich“ wurde nicht nur in Polen, sondern auch in anderen Ländern durchgeführt. Dies muss bei den statistischen Angaben berücksichtigt werden.*

I. Die preußische Minderheitenpolitik gegenüber den Polen zwischen dem Wiener Kongress und dem 1. Weltkrieg

Die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen sind seit über 1000 Jahren historisch so miteinander verwoben und facettenreich wie mit keinem anderen Nachbarvolk. Viele Deutsche, die im Laufe der Jahrhunderte nach Polen auswanderten, wurden innerhalb weniger Generationen Polen und umgekehrt galt und gilt das gleiche. Es gibt eine Reihe in beiden Ländern eine Reihe bekannter Persönlichkeiten, auf die diese Voraussetzung zutrifft. Bei anderen Nachbarländern ist dies viel seltener der Fall.

(Exkurs: Dies war keine Einbahnstraße wie bei den Hugenotten, die in Deutschland auf Dauer assimiliert wurden. Es kam vor, dass sich in einer Familie die Auffassung über die ethnische Zugehörigkeit änderte. Ein prominentes Beispiel ist die Familie des im 19. Jahrhundert sehr bekannten Schriftstellers Gustav Freytag. Die Vorfahren der Freytags hießen Piontek (Piontek ist eine direkte Übersetzung des Wochentages ins Polnische). Die Vorfahren der Pionteks hießen Freitag. Unter dem Einfluss der nationalsozialistischen Propaganda änderten in den östlichen Gebieten einige deutsche Familien ihren polnischen Namen ins Deutsche und nach dem Ende des Nationalsozialismus wieder zurück ins Polnische. Das half ihnen in der Regel aber nicht, vor den üblichen Benachteiligungen der Deutschen im Nachkriegspolen geschützt zu werden.

Ein interessantes Aperçu sei hier eingefügt. Der polnische Graf Bogdan von Hutten-Czapski war ein unbestreitbar großer polnischer Patriot und Philanthrop, der für wissenschaftliche polnische Einrichtungen große Summen spendete. Er war gleichzeitig Inhaber eines hohen Ehrenamtes am Heiligen Stuhl. Das alles hinderte ihn nicht, sich Zeit seines Lebens als polnischer Preuße zu betrachten. Vor dem 1. Weltkrieg versuchte er in Preußen und nach dem Krieg in Polen, das Abgleiten der Politik in den Nationalismus zu verhindern. In der Zwischenkriegszeit besuchte er wiederholt den im holländischen Exil lebenden Ex-Kaiser Wilhelm II., obwohl dieser ihn während seiner Regierungszeit trotz seiner hohen Begabungen und unbestreitbaren Verdienste für den preußischen Staat nicht mit der gebotenen Aufmerksamkeit behandelt hatte. Besonders interessant ist sein Doppelname. Hut heißt auf Polnisch Czapka.)

An den Grenzen der Siedlungsgebiete der Deutschen und Polen bildeten sich breite Streifen mit einer ethnisch gemischten Bevölkerung gab. Auf dem Land waren häufig die Polnisch sprechenden Katholiken und in den Städten die Deutsch sprechende Protestanten in der Mehrheit. Darüber hinaus gab es in vielen Regionen Polens deutschen Minderheiten.

Nach der Reformation wurde Polen zu einem der Zufluchtsorte für Glaubensflüchtlinge aus Deutschland. Die Gegenreformation verlief in Polen weniger konsequent als in anderen europäischen Staaten, weil die einzelnen Großgrundbesitzer größere Freiheiten gegenüber dem Staat hatten. In der Mitte und im Osten des Landes konnten sich in den Städten evangelische Gemeinden halten, deren Angehöriger sich aber kulturell assimilierten.

Das 1724 während der Regierungszeit August des Starken als polnischer König gegen die evangelische Ratsmehrheit der Stadt Thorn durchgeführte „Thorner Blutgericht“ war keineswegs symptomatisch für das deutsch-polnische Verhältnis. Als nach der preußischen Niederlage gegen Napoleon die preußischen Truppen die Stadt Posen 1806 verlassen mussten, wurden sie von polnischen Truppen mit militärischen Ehren verabschiedet.

1815 wurde Polen beim Wiener Kongress ein viertes Mal geteilt. Einige westliche Gebiete verblieben bei Preußen, der südliche Teil bei Österreich, den mittleren und nördlichen Teil verlebte sich Russland ein.

Im Verlaufe des 19. Jahrhunderts wanderten weiter viele Deutsche aus wirtschaftlichen Gründen nach „Russisch Polen“ aus, insbesondere in die Region Lodz und nach Wolhynien.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts spielte die nationale Zugehörigkeit in den östlichen preußischen Provinzen keine besondere Rolle. Dies zeigte sich auch 1815 bei der Romanze zwischen Prinz Wilhelm von Preußen, dem späteren Kaiser Wilhelm I., und der polnischen Prinzessin Elisa Radziwill. Die Verbindung scheiterte nur, weil der Brautvater kein regierender Fürst war. Zeit seines Lebens – auch nach seiner Verheiratung - behielt Wilhelm auf seinem Schreibtisch eine Büste der polnischen Prinzessin.

Noch bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts war die Konfession viel wichtiger als die ethnische Abstammung. Katholiken galten in den meisten gemischt besiedelten Gebieten als Polen und Protestanten als Deutsche.

Ein bekanntes Beispiel sind die seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts aus dem Bistum Bamberg in die Region um Posen / Poznan eingewanderten Katholiken. Alle Bitten an die preußische Regierung, man möge ihnen deutschsprachige Lehrer zur Verfügung stellen, blieben ungehört. Sie mussten ihre Kinder von katholischen Polnisch sprechenden Lehrern unterrichten lassen. Innerhalb von drei Generationen wurden aus deutschen Katholiken katholische Polen.

Die aus Polen in das südliche Ostpreußen eingewanderten polnischen Masuren waren oder wurden Protestanten. Sie behielten zwar ihren polnischen Dialekt bei, betrachteten sich aber bereits im 19. Jahrhundert als Deutsche. Als 1920 aufgrund des Versailler Vertrages die Bevölkerung im südlichen Ostpreußen darüber abstimmen musste, ob ihre Region beim Deutschen Reich verbleiben oder dem wiedererstandenen polnischen Staat angegliedert werden sollte, stimmten in den masurischen Kreisen 98 % für einen Verbleib beim wirtschaftlich darniederliegenden Deutschen Reich. Im Kreis Allenstein, wo keine Masuren aber viele deutsche Katholiken lebten, stimmten nur 86 % für Deutschland.

Nur in Oberschlesien lagen die Verhältnisse anders. Abweichend von den oben erwähnten allgemeinen Verhältnissen war die Bevölkerung sowohl in den Landkreisen wie in den Städten mehrheitlich katholisch und sprach einen polnischen Dialekt mit deutschen Lehnwörtern. Die Mehrheit in den Städten betrachtete sich trotzdem als preußische Schlesier. Beispielhaft kann die Industriestadt Kattowitz genannt werden. Nach dem Ersten Weltkrieg betrug die Anzahl der Protestanten 21 %. Bei der aufgrund des Versailler Vertrages durchgeführten Volksabstimmung sprachen sich jedoch 85 % für einen Verbleib bei Deutschland aus. Da es als sicher gilt, dass die in der Stadt lebenden Juden mit einem Bevölkerungsanteil von 30 % geschlossen für Deutschland gestimmt haben, kann vermutet werden, dass die Mehrheit der Katholiken für Deutschland gestimmt hat. Im Landkreis Kattowitz stimmte die Mehrheit der Bevölkerung dagegen für Polen.

(Exkurs: In den Grenzregionen hatten manche Familien einen protestantischen deutschen und einen katholischen polnischen Zweig. Im 2. Weltkrieg gab es einen polnischen Admiral von Unruh und einen deutschen General von Unruh, einen polnischen General Freiherr von Rommel und einen deutschen General Rommel. Allerdings waren die Letztgenannten nicht miteinander verwandt. Zwei weitere hochgeehrte polnische Kriegshelden waren deutscher Abstammung, General Haller von Hallenburg und General Anders.)

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts begann überall in Europa das nationalistische Denken. Die Protagonisten des Nationalismus waren junge Leute, Studenten und Liberale. In Reaktion auf den sich entwickelnden Nationalismus strebten die Regierenden danach, Minderheiten zu assimilieren. Sie befürchteten, dass nicht assimilierte Bürger als Soldaten weniger loyal sind und unterschiedliche Muttersprachen die Verwendungsfähigkeit der Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt erschweren. Regionale sprachliche Besonderheiten der Landessprache wie Dialekte wurden ebenfalls unterdrückt. Selbst das heute als vorbildlich tolerant geltende Schweden machte keine Ausnahme und war bestrebt, Samen und Finnen zu assimilieren. Wo größere Völker nach nationaler Unabhängigkeit strebten – beispielsweise in Irland und in Polen – verschärften sich die Gegensätze.

Bis 1830 wurde in Preußen nicht nach der nationalen Herkunft unterschieden. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten Polen in Preußen die gleichen Chancen wie alle anderen Bürger auch. Bei der Vergabe hoher Staatsämter wurden Katholiken und Polen angemessen berücksichtigt. Angehörige der polnischen Oberschicht erklärten Jahrzehnte später im Rückblick auf diese Zeit, sie hätten Preußen sein können, aber keine Deutschen.

Nach dem polnischen Aufstand von 1830 im russischen Teil Polens, der von Polen aus Preußen unterstützt wurde, änderte sich dies schrittweise. Auf Veranlassung Russlands musste Preußen alle notwendigen Schritte ergreifen, um nationale polnische Bestrebungen zu unterdrücken. Nach der Reichsgründung 1871 verstärkte die preußische Regierung die Assimilierungsbestrebungen. Ihre Maßnahmen wurden durch das Wanderungsverhalten der deutschen Bevölkerung in den Ostprovinzen konterkariert, weil viele deutschsprachige Familien aufgrund des durch die fortschreitende Industrialisierung in Westfalen, im Rheinland und in Sachsen entstehenden Arbeitskräftebedarf abwanderten. Daher nahm der Anteil der Deutsch sprechenden protestantischen Bewohner kontinuierlich ab. Gleichzeitig verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage der Gutsbetriebe. Viele Betriebe mussten Land an Siedler verkaufen oder den ganzen Betrieb aufgeben. Diese Situation wollte die preußische Regierung ausnutzen und gründete 1886 eine Ansiedlungskommission. Sie bekam die Aufgabe, Landgüter aufzukaufen, das Land parzellieren und an evangelische Siedler zu vergeben. Dies führte zu einer Gegenreaktion der katholischen Polen. Es galt als Verrat an der Nation, sein Land an die preußische Ansiedlungskommission zu verkaufen. Die Polen organisierten ihrerseits eine Siedlungsbewegung für Polnisch sprechenden Katholiken.

Die Haltung der protestantischen Deutsch sprechenden Oberschicht gegenüber der preußischen Bevölkerungspolitik war gespalten. Die Mehrheit der Alteingesessenen lehnte sie ab. Neu in die Grenzgebiete gekommene Gutsbesitzer, Industrielle und Akademiker forderten eine scharfe Unterdrückung aller nationalpolnischen Bestrebungen. Zunehmend wurden Katholiken und Polen bei der Vergabe öffentlicher

Ämter benachteiligt, die Benutzung der polnischen Sprache in den Schulen eingeschränkt und später verboten, patriotische polnische Vereine benachteiligt oder verboten. Für Deutsche schwer auszusprechende polnische Orts- und Flussnamen wurden geändert. Weil der preußische König de jure der oberste evangelische Bischof war, wurden viele evangelische Kirchenbauten gefördert. Eine vergleichbare Verbindung des Königshauses zur katholischen Kirche bestand nicht. Die katholische Kirche unterstand dem Papst und wehrte sich gegen die Versuche der preußischen Regierung, die Personalpolitik der katholischen Kirche zu beeinflussen und überkommene Vorrechte gegenüber der evangelischen Kirche zu beschneiden (Mischehenstreit).

In den katholischen Gebieten im westlichen Teil Preußens, wo alle Bürger die gleiche Muttersprache hatten, blieb dieser Streit auf der konfessionellen Ebene. In den östlichen preußischen Provinzen, wo in der Regel die Katholiken Polnisch und die Protestanten Deutsch sprachen, beförderte der „Kirchenkampf“ nationale Konflikte. Eine besondere Bedeutung gewann 1901 der Schulstreik in der Kleinstadt Wreschen. Nachdem Kinder, die es abgelehnt hatten, in der Schule Deutsch zu sprechen, mehrfach von dem Lehrer verprügelt worden waren, weigerten sich die Eltern, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Daraufhin wurden die Anführer des Schulstreiks zu Haftstrafen verurteilt.

Die vorgenannte Entwicklung führte zu einer Spaltung der Gesellschaft in Deutsche, Polen, Schlesier, Masuren und Personen, die sich weiterhin als Preußen fühlten. Die Juden in den Ostprovinzen betrachteten sich als preußische bzw. deutsche Juden.

Die nationalistische Presse beider Seiten profilierte sich in der Erfindung und Beförderung von Vorurteilen. Die einen ergingen sich in Tiraden über die Verbindung von Staat und Kirche in Preußen, die anderen über die „polnische Wirtschaft“. Letztere übersahen, dass die Polen durch ihr Konzept der „organischen Arbeit“ wirtschaftlich erfolgreicher waren als die Deutschen. Dies zeigte sich auch bei der Tätigkeit der Ansiedlungskommission, die wesentlich mehr überschuldete deutsche als polnische Güter aufkaufte und aufsiedelte. Um diesen Trend umzudrehen, wurde in Preußen über den Erlass eines Enteignungsgesetzes diskutiert. Die alteingesessenen Angehörigen der protestantischen Oberschicht einschließlich mehrerer Landräte und Bürgermeister versuchten, über ihre Vertreter im preußischen Herrenhaus die Verabschiedung dieses Gesetzes zu verhindern. Sie konnten sich jedoch nicht gegen die im Trend der Zeit liegende nationalistische Politik durchsetzen. 1908 wurde das Enteignungsgesetz erlassen. Obwohl danach nur vier polnische Güter enteignet wurden, galt das Gesetz in Deutschland und im Ausland als Beweis der Polenfreundlichkeit der preußischen Regierung. Trotz dieser Siedlungsprojekte nahm die Anzahl der Polnisch sprechenden Katholiken zu; weil weiterhin viele protestantische Deutsch sprechende Familien abwanderten.

Symptomatisch für die Folgen der falschen preußischen Religions- und Nationalitätenpolitik sind die Biografien der beiden polnischen Anführer in den Kämpfen nach dem 1. Weltkrieg um die deutsch-polnische Grenze in Oberschlesien. Wojciech Korfanty und Matthias von Brudzewo-Mielcynski waren in ihrer Jugendzeit national indifferent und neigten eher dem Preußentum zu. Erst die gegenüber den Katholiken feindliche Politik der preußischen Regierung weckte in ihnen das Bekenntnis zum Polentum. Ähnlich reagierten viele Katholiken. In Oberschlesien lehnte es ein Teil der Bevölkerung ab, sich in ein nationales Schema pressen zu lassen. Sie betrachteten sich weder als Deutsche noch als Polen, sondern nur als Schlesier.

II. Die polnische Minderheitenpolitik in der Zwischenkriegszeit unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in den früheren Provinzen Posen und Westpreußen und später in Oberschlesien

Nach dem 1. Weltkrieg, in dem die in Deutschland lebenden männlichen Polen wie alle männlichen Bürger der entsprechenden Altersjahrgänge Wehrdienst geleistet hatten, konnte sich der polnische Staat erfolgreich rekonstruieren und strebte danach, einen möglichst großen Teil der deutschen Ostprovinzen zu annektieren. Ende 1918 brachen bewaffnete Auseinandersetzungen zunächst in der Provinz Posen aus. Nach Abschluss des Versailler Vertrages im Juni 1919 musste Deutschland große Teile der preußischen Ostprovinzen

abtreten, in denen Polen entweder die Mehrheit oder eine beachtliche Minderheit stellten. Die genaue Grenzziehung blieb jedoch strittig. Dies führte zu weiteren militärischen Auseinandersetzungen, die erst im Juli 1921 endeten, ohne eine Regelung zu finden, die zumindest von einer Seite als befriedigend angesehen werden konnte. Für das Deutsche Reich war die Abtretung eines Teils von Oberschlesien besonders schmerzlich. Mit Königshütte und Kattowitz gingen zwei Städte verloren, in denen sich bei der 1921 durchgeführten Volksabstimmung die Mehrheit der Bevölkerung für einen Verbleib bei Deutschland ausgesprochen hatte. Außerdem lagen fast drei Viertel der Bodenschätze Oberschlesiens in diesem Gebiet. Auch nicht grenznahe Städte, die zu Polen kamen, wie Thorn und Bromberg, hatten eine deutsche Mehrheit.

(Exkurs: Nicht vergessen werden darf, dass es auch in den Teilen Polens, die früher nicht zum Deutschen Reich gehört hatten, in vielen Städten und Dörfern starke deutsche Minderheiten gab. Besonders stark war die deutsche Minderheit in Lodz und der umgebenden Region.

1919 lag die Gesamtzahl der Deutschen in Polen bei 2,5 Millionen - ca. 9 % der Bevölkerung.

Außer den Deutschen gab es starke ukrainische, jüdische, weißrussische, litauische und weitere kleinere Minderheiten. Ca. 31 % der Bevölkerung gehörten einer Minderheit an. Alle Minderheiten wurden unterdrückt. In dieser Hinsicht machte Polen aber keine Ausnahme in Europa.)

Während der Weimarer Republik akzeptierte keine deutsche Regierung, auch nicht die sozialdemokratisch geführten, die in Versailles festgelegte Grenzziehung.

Polnische nationalistische Kräfte um den Führer der Nationaldemokratischen Partei, Roman Dmowski, forderten dagegen größere Gebietsabtretungen von Deutschland, die über die polnische Westgrenze vor den polnischen Teilungen hinausgingen. Nach ihren Plänen sollte die dort lebende Bevölkerung wieder polonisiert und in ein neues polnisches Großreich integriert werden.

Der polnische Staat versuchte mit einer Reihe administrativer Maßnahmen, die Deutschen zur Abwanderung zu nötigen. Personen, die ihren Wohnsitz in den jetzt zu Polen gehörenden Gebieten nach 1908 begründet hatten, erhielten keine polnische Staatsangehörigkeit. Ihre Aufenthaltsberechtigung hing von der Großzügigkeit der polnischen Behörden ab. Deutsche wurden aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Für viele Berufe wurde eine staatliche Zulassung verlangt. Unternehmer und Handwerker deutscher Volkszugehörigkeit bestimmter Berufe, die keine Zulassung bekamen, mussten einen ethnischen Polen einstellen, der die Zulassung oft trotz geringer Fachkenntnisse erhielt. Er war ein zusätzlicher Mitarbeiter, der aber keine sinnvolle Arbeit leisten konnte, von Unterschriften abgesehen.

Durch geschickte Formulierungen wurde die Agrarreform so durchgeführt, dass die deutschen Gutsbesitzer einen mehrfach so hohen Landanteil abgeben mussten wie ihre polnischen Nachbarn.

Mit dem preußischen Staat abgeschlossene Siedlungsverträge über eine ratenweise Abzahlung eines Grundstückkaufs sowie Pachtverträge wurden entschädigungslos annulliert.

Gebäude und Grundstücke, die juristischen Personen mit Sitz in Deutschland gehörten, wurden zwangsversteigert, wobei staatliche Behörden einen maßgeblichen Einfluss auf die Festsetzung des Mindestgebotes und das Versteigerungsverfahren ausübten. Daher wurden nur minimale Erlöse erzielt. Zu den betroffenen juristischen Personen gehörte beispielsweise die evangelische Innere Mission.

An die Genehmigung deutscher Privatschulen wurden Forderungen gestellt, die staatliche polnische Schulen nicht hätten erfüllen können. Unter anderem musste bei einem Schulweg von mehr als 3 km ein Transportmittel (Kutsche oder Bus) eingesetzt oder die Kinder in einem Internat untergebracht werden.

1920 wurde das „Grenzzonengesetz“ verabschiedet. Es umfasste fast das gesamte Gebiet, das bis 1919 zum Deutschen Reich gehört hatte. Das Gesetz sah vor, dass Personen, gegen die eine öffentliche Anklage erhoben wurde, ausgewiesen werden konnten, bevor ein Gerichtsverfahren abgeschlossen war. Ferner wurde die Anwendung des in Preußen geltenden Ältestenerbrechts von der Genehmigung des Woiwoden abhängig gemacht. Die Angaben über das Inkrafttreten dieses Gesetzes sind in der Literatur widersprüchlich. Der früheste genannte Zeitpunkt ist das Frühjahr 1937, der späteste der Frühsommer 1939. Ebenso wie das preußische Enteignungsgesetz ist das polnische Grenzzonengesetz nur in wenigen Fällen zur Anwendung

gekommen. Beide Gesetze waren mehr zur Beruhigung der eigenen nationalistischen Strömungen gedacht, haben aber vor allem die Beziehungen zu der jeweils anderen Nation auf Dauer vergiftet. Noch heute wirken sich diese überflüssigen populistischen Gesetze negativ auf das deutsch-polnische Verhältnis aus.

Bei allen administrativen Maßnahmen muss angemerkt werden, dass polnische Beamte in der Regel die Tendenz hatten, großzügig zu entscheiden. Die Fürsprache eines polnischen Bekannten konnte mehr bewirken als jahrelange Prozesse. Der in Deutschland verbreitete Untertanengeist, alle Vorschriften möglichst restriktiv auszulegen, war damals in Polen unbekannt. Auch die polnische Justiz scheute sich nicht, administrative Maßnahmen zugunsten ethnisch deutscher Bürger, deutscher Vereine oder der evangelischen Kirche aufzuheben.

Die gegen die deutsche Minderheit gerichteten Maßnahmen führten dazu, dass viele Deutsche sich gezwungen sahen, ihr Vermögen zu Schleuderpreisen zu verkaufen und das Land zu verlassen. Besonders stark war die Abwanderung aus den Städten im westlichen Polen. Zwischen 1910 und 1939 sank in Bromberg/Bydgoszcz die Zahl der deutschen Bewohner von 45.000 auf 8.400. Aus ganz Polen wanderten in der Zwischenkriegszeit zwischen 1,3 und 1,5 Millionen Deutsche und Juden aus.

Die im Land verbliebenen 1,2 Millionen Deutschen versuchten, sich durch verschiedene politische Maßnahmen zur Wehr zu setzen. So wurde der Völkerbund gebeten, die Einhaltung der Minderheitenrechte bei der polnischen Regierung anzumahnen.

In der jüngeren Stadtbevölkerung nahmen nationalistische Bestrebungen zu. Vornehmlich jüngere Deutsche gründeten den „Deutschen Nationalsozialistischen Verein für Polen“ und wählten 1923 den erst 32-jährigen aus dem österreichischen Teil Polens stammenden Ernst Rudolf Wiesner zu ihrem Vorsitzenden. Der Verein wurde später in „Jungdeutsche Partei“ umbenannt und entwickelte sich zu einem verlängerten Arm der NSDAP.

Auf beiden Seiten gerieten die auf gute Beziehungen setzenden Kreise in die Defensive.

(Exkurs: 1926 putschte der bereits im Ruhestand befindliche Marschall Jozef Pilsudski gegen die Regierung. Er übernahm nur das Amt des Verteidigungsministers, wurde aber trotzdem der wichtigste Entscheider. Seinen Putsch ließ er durch freie Wahlen legitimieren. Pilsudski stammte aus dem Wilnagebiet und sah daher, anders als die nationalistischen Politiker, in der UdSSR die größere Gefahr für den polnischen Staat. Im Laufe seiner Herrschaft wurde die Minderheitenpolitik gegenüber den Deutschen berechenbar. Er selbst und sein wichtigster Gefolgsmann, Walery Slawek, erfreuten sich bei der deutschen Minderheit einer gewissen Anerkennung für ihre Politik sowie ihre persönliche Anständigkeit. Beide gehörten zu den ganz wenigen autoritären Politiker, die den Kampf gegen die Korruption nicht nur populistisch nach außen vertraten, sondern selbst unbestechlich blieben. Pilsudski wurde das Vorbild eines jungen französischen Offiziers, der im polnisch russischen Krieg von 1919 – 1921 auf polnischer Seite kämpfte – Charles de Gaulle.)

Politisch war die Zwischenkriegszeit in Mittel und Osteuropa nur eine Art Waffenstillstand. Keine Regierung des Deutschen Reiches gab den Gedanken an eine Revision der Ostgrenzen auf. Nicht nur der Verlust Ostoberschlesiens, sondern auch die Trennung von Ostpreußen durch den „polnischen Korridor“ belastete Deutschland psychologisch und wirtschaftlich. Polen seinerseits fühlte sich nach dem „Wunder an der Weichsel“, dem 1921 errungenen Sieg über die UdSSR, sowie in der unter dem Einsatz militärischer und politischer Mittel unter Missachtung des Selbstbestimmungsrechts in bestimmten Regionen durchgesetzten Grenzziehung gegenüber Deutschland als Mittelmacht. Dieses Selbstbewusstsein zeigt es auch gegenüber anderen Ländern. Gemeinsam mit Ungarn verfolgte es eine aggressive Politik gegenüber der Tschechoslowakei mit dem Ziel, die Slowakei zu zerschlagen. Litauen bekam zu spüren, dass es nicht mehr Einwohner hatte als eine polnische Woiwodschaft.

Trotz der dargelegten Verhältnisse urteilt Hans Roos über diesen Abschnitt der polnischen Geschichte: „Das Polen der Zwischenkriegszeit bot mithin das Bild eines Staatswesens, dass namentlich in der Zeit der Staatsgründung mit schweren Hypotheken belastete und in den 20 Jahren seines Bestehens bisweilen über die Grenze der Staatsklugheit hinausging, ... Insbesondere sollte stets bedacht werden, dass die polnische Republik im Herbst 1939 trotz einer autoritären Regierung, trotz nationalistischer Übersteigerungen und trotz der Bromberger Morde gegenüber einem Hitler und einem Stalin in die Reihe der Verteidiger der europäischen Demokratie gehörte. Dergestalt erfüllte dieses Polen sein Amt eines Protagonisten der europäischen Freiheit nicht anders, als es das in den Jahren 1794, 1831 und 1863 getan hatte.“ (Geschichte der polnischen Nation 1916-1960, S. 170)

III. Der Beginn des 2. Weltkrieges

Am 1. September 1939 marschierten ohne Kriegserklärung deutsche Truppen in Polen ein. Bereits in den Morgenstunden wurde die militärstrategisch unwichtige polnische Kleinstadt Wielun bombardiert und zu 70 % zerstört. 1200 Menschen fanden den Tod. *(In der Stadt und der Umgebung gab es eine deutsche Minderheit. Den Anteil der Deutschen unter den Opfern konnte der Autor nicht ermitteln. Dies ist nicht die einzige offene Frage. Die Motivation des Kommandeurs des Angriffsgeschwaders sollte hinterfragt werden, denn in der Literatur ist der Hinweis zu finden, dass er aus der Umgebung von Wielun stammte.)*

Anders als die nationalsozialistische Propaganda behauptete, war die Unterdrückung der deutschen Minderheit nicht der Auslöser für den Angriff.

Die wichtigsten Stationen auf dem Weg zum Beginn des Zweiten Weltkrieges sollen hier kurz aufgeführt werden.

Durch den Versailler Vertrag wurde Polen das Recht zuerkannt, auf dem Gelände der zum Gebiet der Freien Stadt Danzig gehörenden Hafenanlage Westerplatte ein Munitionsdepot zu unterhalten. In den auf den Abschluss des Versailler Vertrages folgenden Jahren gab es immer wieder politische „Rangeleien“ zwischen der Freien Stadt und Polen um dieses Depot.

1933, nach der Machtübernahme Hitlers, kam es zu einem unfreundlichen vertragswidrigen Akt der Freien Stadt gegenüber den polnischen Ansprüchen. Daraufhin verstärkte Polen – ebenfalls vertragswidrig – seine militärische Präsenz auf der Westerplatte und prüfte einen Präventivkrieg gegen Deutschland. Da Frankreich jedoch kein Interesse an einem Krieg gegen Deutschland zeigte und Hitler nachgab, wurde diese Idee nicht weiter verfolgt.

Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund im November 1933 ließ ein weiteres Mal in Warschau die Alarmglocken klingen und warf die Präventivkriegfrage auf. Auch diesmal zeigte Frankreich keine Kriegsbereitschaft.

Nach der französischen Absage ging Polen außenpolitisch auf das Deutsche Reich zu, zumal der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund die rechtliche Stellung der deutschen Minderheit entscheidend schwächte; denn diese hatte sich in der Vergangenheit wiederholt beim Völkerbund über die Missachtung ihrer Minderheitenrechte beschwert. Im Januar 1934 kam es zum Abschluss eines deutsch-polnischen Nichtangriffspakts, der auch den „Zollkrieg“ der Freien Stadt Danzig gegen Polen beendete.

Im September 1934 kündigte Polen den Minderheitenschutzvertrag, ohne deutsche Gegenreaktion.

(Exkurs: Dieser Schritt richtete sich aber nicht speziell gegen die deutsche, sondern gegen alle Minderheiten. Wahrscheinlich in erster Linie gegen die Ukrainer.)

Im Mai 1935 verstarb Jozef Pilsudski.

Nach der Besetzung der entmilitarisierten Zone im Rheinland im März 1936 zeigte Polen gegenüber Frankreich die kalte Schulter.

Im Juli 1937 lief die Genfer Konvention für Oberschlesien aus. Nun hatte der scharf nationalistische Woiwode für Oberschlesien, Michal Grazynski, freie Hand. Sein Ziel war die Polonisierung Ostoberschlesiens. Er begann, die noch verbliebenen Reste des freien deutschen Schulwesens und der deutschen Minderheitenpresse zu

zerschlagen sowie den Gebrauch der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit auszuschließen. Täter, die Deutsch sprechende Personen beleidigten oder bedrohten, wurden nicht mehr belangt. Grazynski ging auch gegen die deutschen Unternehmer vor. In keiner anderen Region wurde die deutsche Minderheit so entrechtet. Eine geharnischte Reaktion der Reichsregierung blieb aus.

Die Annexion Österreichs im März 1938 löste keine polnischen Initiativen aus.

Als das Deutsche Reich im Sommer 1938 sein Interesse am Sudetenland deutlich machte, erneuerte Polen gemeinsam mit Ungarn seine Überlegungen zur Zerschlagung der Tschechoslowakei. Es erzwang parallel zu der Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich die Abtretung des Olsagebietes, eines Teils des Teschner Schlesiens, an Polen.

Im Oktober 1938 verlangte Hitler von Polen die Zustimmung zum Anschluss Danzigs an das Deutsche Reich und die Zustimmung zu einer exterritorialen Verbindung zwischen dem Reich und Ostpreußen.

Im März 1939 besetzte das Deutsche Reich Resttschechien, wandelte die Slowakei in einen Satellitenstaat um und erneuerte in ultimativer Form seine Forderungen gegenüber Polen.

In Polen wurden die chauvinistischen Angriffe gegen die deutsche Minderheit immer schärfer. Wehrpflichtige Deutsche flüchteten in das Reich. (Ihre Zahl konnte nicht ermittelt werden. Angesichts der Grenzkontrollen war ihre Zahl sicherlich begrenzt, trug aber zu einer weiteren Verschlechterung des deutsch-polnischen Verhältnisses bei, weil den jungen Deutschen pauschal der Vorwurf gemacht wurde, sie würden Fahnenflucht begehen.) Auf den Bahnhöfen wurden Flugblätter mit der Aufschrift verteilt: „Dies ist der letzte Zug nach Deutschland.“

Im April 1939 kündigte das Deutsche Reich den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt.

Spätestens jetzt begannen auf beiden Seiten die Kriegsvorbereitungen.

In den folgenden Monaten flohen immer mehr deutsche und polnische Bürger aus den grenznahen Gebieten ins Ausland oder zogen sich in die östlichen polnischen Gebiete zurück.

Am 23. August 1939 wurde der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt mit einem geheimen Zusatzprotokoll abgeschlossen, dass die Teilung Ostmitteleuropas zwischen Deutschland und der UdSSR vorsah.

Am 1. September begann der Einmarsch der deutschen Truppen in Polen. Ca. 350.000 Polen flüchteten in den Osten. Mehreren Zehntausend gelang über Rumänien und Ungarn die Flucht ins Ausland. In vielen Teilen der Welt, unter anderem in englischen Kolonien in Afrika, entstanden kleine polnische Flüchtlingssiedlungen. Die meisten Flüchtlinge hatten vor der Flucht zur polnischen Oberschicht gehört. Für sie war nach dem Krieg eine Rückkehr in ihr nun kommunistisch regiertes Heimatland de facto unmöglich. Sie blieben Vertriebene. Auch nach 1990 waren sie in ihrer Heimat ebenso wenig willkommen wie die früheren deutschen Bewohner. Am 3. September 1939 begann die polnische Polizei unterstützt von Militäreinheiten Angehörige der deutschen Oberschicht aus dem westlichen Polen ins Hinterland (Marsch nach Lowitsch / Lowicz) zu deportieren. Bei diesem Gewaltmarsch ereigneten viele Übergriffe durch den aufgebrachten Straßenmob, vor dem die Deutschen durch ihre Bewacher nicht geschützt wurden. Teilweise beteiligten sie sich sogar an diesen Aktionen. Zeitgleich kam es zu vielen lokalen antideutschen Ausschreitungen, Brandstiftungen und Plünderungen. In Bromberg ereignete sich ein regelrechtes antideutsches Pogrom. Obwohl tausende Polen ihre deutschen Nachbarn oft unter Einsatz ihres Lebens retteten oder versteckten, wurden insgesamt 5400 Deutsche ermordet. Diese von deutschen Behörden selbst festgestellte Zahl wurde auf Weisung von Joseph Goebbels auf 58.000 erhöht – mithin mehr als verzehnfacht. Sie bildete den Vorwand, um bis zum Ende des Jahres 1939 65.000 Polen aus der Oberschicht zu ermorden. Weitere 50.000 Angehörige der Oberschicht wurden in Konzentrationslager eingeliefert. Nur ein kleiner Teil hat die Lager überlebt.

Viele Deutsche, die wenige Wochen zuvor von ihren polnischen Nachbarn gerettet worden waren, hätten gerne geholfen, aber jetzt handelte nicht der Straßenmob, sondern die wohl organisierte SS und ihre Hilfstruppe, der aus Angehörigen der deutschen Minderheiten aufgestellte paramilitärische „Volksdeutsche Selbstschutz“, der später in die SS integriert wurde. Es war ungleich schwieriger, sich menschlich zu verhalten. Sehr leicht konnte man selbst Opfer werden.

Sowohl bei dem antideutschen Pogrom als auch bei der Mordaktion der Nationalsozialisten waren unter den Opfern besonders viele Personen, die in den Jahren zuvor für eine für ein gutes Verhältnis eingetreten waren wie es vor 1830 gewesen war.

Unmittelbar nach dem deutschen Sieg begann ein dunkles Kapitel der deutschen Minderheit. Viele Deutsche plünderten polnische Liegenschaften, in einigen Fällen sogar verlassene Gebäude Deutscher.

IV. Die Germanisierung und Vertreibung der polnischen Nachbarn

Ende Oktober 1939 begann das Deutsche Reich mit der Eingliederung der westpolnischen Gebiete, um „Lebensraum“ für das deutsche Volk zu gewinnen. Das wichtigste kurzfristige Ziel war die Umsetzung von Hitlers Rassepolitik.

Dass die Juden ausnahmslos vernichtet werden sollten, stand von vornherein fest. Die übrige nichtdeutsche Bevölkerung in den annektierten Gebieten sollte nach dem „Generalplan Ost“ entweder germanisiert, zur Zwangsarbeit gezwungen, in das Generalgouvernement deportiert oder vernichtet werden.

Zum Zweck der Germanisierung versuchte die NS-Regierung, den Anteil der „arischen“ Bevölkerung zu ermitteln. Die polnischen Staatsbürger wurden in vier „Volkslisten“ eingeteilt. Maßgebend für die Einteilung war ihr Verhalten unter der polnischen Regierung in der Zwischenkriegszeit.

In die Volksliste 1 wurden Personen aufgenommen, die sich aktiv zum Deutschtum bekannt hatten. Sie erhielten die deutsche Staatsbürgerschaft, wurden de jure den Reichsdeutschen gleichgestellt und durften der NSDAP beigetreten. Bei der Neuvergabe von Leitungsfunktionen in Wirtschaft und Verwaltung rangierten sie hinter den Reichsdeutschen; denn selbst wenn sie der NSDAP beitraten, konnten sie auf keine lange Parteikarriere zurückblicken. Außerdem hatten sie selten deutsche Berufs- oder Schulabschlüsse.

Personen, die die deutsche Sprache und Kultur gepflegt hatten, ohne sich in den Organisationen der Minderheit zu betätigen, wurden in die Volksliste 2 eingetragen. Sie erhielten zwar die deutsche Staatsangehörigkeit, mussten aber vor der Aufnahme in die NSDAP ein besonderes Verfahren durchlaufen. Die Mitgliedschaft in der NSDAP war von existenzieller Bedeutung, denn andernfalls konnte man keine leitenden oder herausgehobenen Positionen übernehmen. Auch bei der Zuteilung von Versorgungsgütern wurden Parteimitglieder bevorzugt.

In die Volksliste 3 wurden Personen eingetragen, die von der Abstammung her Deutsche waren, aber sich nicht als solche bekannt hatten. Hier waren die Begrifflichkeiten sehr schwammig. Allein die aktive Mitarbeit in einer katholischen Gemeinde konnte ausreichen, um nicht in die Liste 1 oder 2 eingetragen zu werden. Personen aus der Liste 3 erhielten die deutsche Staatsbürgerschaft auf Widerruf und hatten deutlich geminderte Rechte.

Personen, die in die Volkslisten 1 – 3 eingetragen waren, galten als „Volksdeutsche“.

Die Volksliste 4 war für Personen deutscher Abstammung vorgesehen, die sich in der Vergangenheit irgendwie in die polnische Gesellschaft oder Wirtschaft integriert hatten, ohne gleichzeitig die deutsche Sprache und Kultur zu pflegen. Sie erhielten nur eine Anwartschaft auf die Staatsbürgerschaft auf Widerruf. Insgesamt wurden 3 Millionen polnische Staatsangehörige in die Volkslisten eingetragen. (In dieser Zahl sind bis zu 1,2 Millionen Personen enthalten, die vor dem Krieg als Angehöriger der deutschen Minderheit angesehen wurden.)

Die polnische Wirtschaft wurde „arisiert“. In allen Bereichen trat das Deutsche Reich die Nachfolge des polnischen Staates und der sonstigen öffentlichen Anstalten und Körperschaften an. Alle Industrie- und Handwerksbetriebe sowie alle größeren landwirtschaftlichen Betriebe wurden entschädigungslos enteignet und später zu günstigen Bedingungen an Deutsche verpachtet oder veräußert. Einer der bekannt gewordenen Nutznießer war Oskar Schindler. Leiter von Einrichtungen und Betrieben, die in staatlicher Hand verblieben, konnten nur verdiente Parteigenossen werden, die meistens aus dem „Altreich“ kamen. Je

niedriger die Mitgliedsnummer in der NSDAP war, umso geringer waren die Anforderungen an die Qualifikation der Leiter.

(Exkurs: Die Leitung der Güter des oben erwähnten Graf von Hutten-Czapski übernahm ein Kleinbauer und NSDAP-Mitglied aus dem „Altreich“, der sich so aufspielte, als sei er einem stalinistischen Propagandafilm über das Verhalten des Adels entsprungen. Einige Monate nach dem Antritt seiner „Herrschaft“ hatte sich bei seinen Arbeitern so viel Hass aufgestaut, dass er nicht mehr wagte, in dem Schloss des Grafen zu übernachten, sondern zog ein Hotel in der benachbarten Kleinstadt vor.)

Die mangelnde Qualifikation vieler Leitungspersonen aus dem „Altreich“ blieb den alteingesessenen Deutschen, die jetzt nur noch „Volksdeutsche“ waren, nicht verborgen. Sie bezeichneten diese Leute als „Reichsgermanen“.

Um die Trennung der Volksgruppen zu vertiefen wurde verfügt, dass Polen und Deutsche nicht mehr an einem Tisch sitzen durften. Der Gebrauch der polnischen Sprache in Behörden und Schulen wurde verboten und im Wirtschaftsleben soweit wie möglich eingeschränkt. Polnische Kinder durften nur vier Jahre zur Schule gehen. Sie erhielten eine dürftige Grundausbildung, die ausreichen sollte, um als Hilfsarbeiter tätig zu sein. Von allen andern Bildungsformen wurden Polen ausgeschlossen, ebenso von allen leitenden Positionen in der Wirtschaft und Verwaltung. In der Öffentlichkeit mussten Polen Deutsche mit „Heil Hitler“ begrüßen. Private soziale Kontakt mit Deutschen waren verboten. Intime Kontakte führten den polnischen Partner mindestens ins KZ - wenn nicht aufs Schafott.

Die Polen mussten motorgetriebene Fahrzeuge, Radioapparate, Fahrräder, Nähmaschinen usw. abgeben. Schlösser, Villen und Gutshäuser wurden mit dem gesamten Inventar einschließlich der Kunstgegenstände enteignet und an NS-Größen übergeben. Die einheimischen Deutschen kommentierten diese Vorgänge mit dem Satz: „Die einen müssen heim ins Reich, die andern kommen reich ins Heim.“ Ein anderer geflügelter Satz mit Bezug auf die neu eingeführte Verwaltungseinheit „Warthegau“ lautete: „Die Warthe gab es hier schon immer. Die Gauner kamen erst jetzt.“

Kam es in einem Betrieb zu Verstößen gegen Vorschriften des Kriegswirtschaftsrechts, die von Deutschen verursacht worden waren, wurde versucht, einen Polen als Täter zu ermitteln. Körperverletzungsdelikte gegenüber Polen einschließlich der polnischen Arbeitnehmer wurden nur in Ausnahmefällen verfolgt. Bei dem Bezug von Versorgungsgütern wurden die Polen benachteiligt. Ein polnisches Kulturleben war nicht mehr möglich. Besonders betroffen hat die Polen, dass öffentliche polnisch-katholische Gottesdienste verboten waren. Im Laufe des Krieges kam der größte Teil der katholischen Geistlichen in ein Konzentrationslager. Viele katholische Kirchen wurden einer anderen Nutzung zugeführt. In Gebieten mit einer zahlenmäßig größeren deutschen Minderheit wurden aus polnischen katholischen Kirchen deutsche „Ahnenhallen“. In diesen Ausstellungen sollte die Behauptung von dem urdeutschen Charakter der Gebiete untermauert werden.

(Exkurs: Nach der NS-Ideologie war dieses Land urgermanisch. Die nach dem 1. Weltkrieg von Polen aus einem Dorf entwickelte Hafenstadt Gdynia wurde in „Gotenhafen“ umbenannt. Auch andere Orte erhielten „germanische“ Namen. Die kleine Kreisstadt Schubin / Szubin erhielt den Namen „Alzburgund“, weil hier vor 1500 Jahre Burgunder gelebt haben sollen.)

Katholische Wegkreuze und Wegkapellen wurden beseitigt.

Die Bewegungsfreiheit der Polen war auf wenige Kilometer beschränkt. Junge Polen, die in ihrem natürlichen Freiheitsdrang die Beschränkungen missachteten, riskierten ihr Leben. Immer wieder wurden sie „auf frischer Tat“ erschossen.

(Exkurs: Der Reichsgau Wartheland mit seinem Gauleiter Arthur Greiser, der rund die Hälfte der in das Reich eingegliederten westpolnischen Gebiete umfasste, sollte „Mustergau“ werden. Hier wurden alle von den

Nationalsozialisten zur Umgestaltung des Staates und der Gesellschaft beschlossenen Maßnahmen mit besonderer Härte und Konsequenz durchgeführt - nicht nur gegenüber Juden und Polen, sondern auch gegenüber Deutschen. Ebenso wie die katholische Kirche verlor die evangelische Kirche ihren Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie war de facto nur noch eine Arbeitsgemeinschaft. Regelmäßige Kirchenbeiträge durften nicht erhoben, Kollekten und Sammlungen nicht mehr durchgeführt werden. Diakonische Einrichtungen, Krankenhäuser, Schulen usw. wurden enteignet. Vereine und Zeitungen „gleichgeschaltet“ und ihre Liegenschaften enteignet. Die anderen Gauleiter im Osten und der Chef des Generalgouvernements, Hans Frank, waren nicht weniger fanatisch. Alle um die Gunst von Hitler, Himmler und der anderen NS-Größen gebuhlt. Sie glaubten, mit der Zahl ihrer Opfer im Ansehen zu steigen.)

Ein Großteil der Polen, die man an ihren Wohnorten nicht als Arbeitskräfte benötigte und die sich nicht freiwillig als „Ostarbeiter“ hatten anwerben lassen, wurde zur Zwangsarbeit eingezogen. Die Einsatzorte lagen größtenteils in den östlichen Teilen des Reiches. Hier mussten die Ostarbeiter und Zwangsarbeiter die Arbeitskräfte ersetzen, die als Soldaten oder in anderer Weise im Kriegseinsatz waren. In Abhängigkeit von der Arbeitsstelle wurden sie kaserniert oder bei ihren Arbeitgebern untergebracht. Eine feste Altersgrenze nach unten gab es nicht. Nach Abschluss der Grundschule konnten bereits Kinder an ihren Wohnorten zur Arbeit in der Landwirtschaft oder als Dienstpersonal verpflichtet werden. Sie waren fast völlig rechtlos und Misshandlungen ihrer Arbeitgeber ausgesetzt. Die Netto-Entlohnung lag weit unter dem Niveau für Deutsche.

Die Rekrutierung der Zwangsarbeiter fand zunächst durch die Kommunalbehörden statt. Eine andere Methode, die besonderes im Generalgouvernement und in Großstädten angewandt wurde, war die Razzia. Hierbei wurden Menschen buchstäblich von der Straße weggefangen.

Die Gesamtzahl der Zwangsarbeiter wird auf etwa 1,4 Millionen geschätzt. Zwangsarbeiterinnen, die schwanger wurden, mussten ihre Kinder in der Regel abtreiben, es sei denn sie wurden als „rassisch wertvoll“ eingestuft. In diesem Fall wurden die Kinder den Müttern weggenommen und in besondere Kinderheime gebracht.

Die Segregation der polnischen Bevölkerung wurden genau geregelt. In einem Ausführungserlass des SS-Sturmbannführers Rapp aus Posen vom 16.11.1939 wird diese Maßnahme wie folgt begründet: „Ziel ist, nicht nur die gegenwärtige polnische Intelligenz zu beseitigen, sondern auch die Neubildung einer polnischen Führungsschicht zu verhindern.“ Um möglichst alle infrage kommenden Personen zu ermitteln, sollten auch „Volksdeutsche“ eingeschaltet werden. Ihnen traute die SS aber nur bedingt. An anderer Stelle heißt es in dem Erlass daher: „Dabei ist zu berücksichtigen, dass viele Volksdeutsche in politischen Dingen noch nicht genügend geschult sind, um den Zweck der Evakuierungsmaßnahmen konsequent zu vertreten, sodass hier unter Umständen die Gefahr einer örtlichen Verwässerung der Gesamtktion besteht.“

(Exkurs: Diese Bemerkung mag aus Sicht der alteingesessenen Deutschen als Kompliment verstanden werden. In der Literatur stößt man aber leider immer wieder auf die Namen von Alteingesessenen, die mit dem NS-Regime kooperiert haben oder eine steile Karriere machten wie Gauleiter Arthur Greiser und der SS-General Heinz Reinefahrt.

Bei Angehörigen der jüngeren Generation war es unmittelbar nach der Eroberung Polens durch das Deutsche Reich nicht ganz unverständlich, dass sie die deutschen Soldaten als „Befreiung vom polnischen Joch“ begeistert begrüßten und das NS-System mit Vorschusslorbeeren bedachten. Sie hatten 20 Jahre lang Unterdrückung durch den polnischen Staat erlebt, waren möglicherweise manchmal auch das Opfer von polnischen chauvinistischen Schlägern geworden, die strafrechtlich nicht verfolgt wurden. Sobald sie sich mit dem NS-System eingelassen hatten, gab es für sie kein Zurück mehr. Wer sich distanzierte, galt als Verräter. Angehörige der älteren Generation, die vor dem Ersten Weltkrieg die Unterdrückung der Polen durch den preußischen Staat erlebt hatten, waren eher bereit, die eigene Unterdrückung als Reaktion zu begreifen.

Zudem betrachteten sie die Einstufung als „Volksdeutsche“ als diskriminierend und die Übernahme aller Führungspositionen durch „Reichsgermanen“ (NS-Kader) aus dem „Altreich“ als Zurücksetzung.

In sehr vielen Fällen wurden tüchtige polnische Führungskräfte gegen unqualifizierte Nationalsozialisten ausgetauscht. Auch dies konnten viele Ältere nicht nachvollziehen. Besonders hervorstechend waren die Fälle, wenn ein kultivierter polnische Gutsbesitzer oder Unternehmer durch einen primitiven Nazi ersetzt wurde, der seine Qualifikation in Straßenschlachten mit Kommunisten erworben hatte, oder einen baltischen Baron, der mit den regionalen Gegebenheiten nicht vertraut war. Dies führte in der gesamten Wirtschaft zu einem dramatischen Produktionseinbruch.)

Polen, die weder für eine „Eindeutschung“ infrage kamen, noch als Arbeiter, Ostarbeiter oder Zwangsarbeiter benötigt wurden sowie Kranke, Straftäter, Obdachlose wurden in das Generalgouvernement deportiert bzw. vertrieben. Sie sollten Platz machen für die Ansiedlung von Angehörigen der deutschen Minderheiten aus Mittel- und Osteuropa. Insgesamt wurden zwischen 400.000 und 650.000 Polen in das Generalgouvernement deportiert bzw. vertrieben.

Das Generalgouvernement war mit der Unterbringung der vertriebenen Polen völlig überfordert. Die Beschreibungen der in der historischen Literatur nachzulesenden Zeitzeugenberichte ähneln den Verhältnissen, die die deutschen Vertriebenen 1945 in den Besatzungszonen vorfanden. Allerdings besserten sich bei ihnen die Verhältnisse im Laufe des Krieges nicht. Wassersuppen, mit Holzspänen verlängertes Brot, fehlende Versorgungsgüter des täglichen Bedarfs wie Kleidung, Seife, Medikamente waren alltäglich. Fleisch, Fett und vitaminhaltige Lebensmittel waren Luxusgüter.

Mit welcher Einstellung das Generalgouvernement regiert wurde, zeigte eine Äußerung des Generalgouverneurs Hans Frank. „In Prag waren große Plakate angeschlagen, auf denen zu lesen war, dass heute sieben Tschechen erschossen worden sind. Da sagte ich mir: wenn ich für je sieben erschossene Polen ein Plakat aufhängen lassen wollte, dann würden die Wälder Polens nicht ausreichen, das Papier herzustellen für solche Plakate.“

V. Die Aktion „Heim ins Reich“

Da für die Germanisierung der in das Reich „eingegliederten“ polnischen Gebiete Reichsdeutsche nicht zur Verfügung standen - sie wurden als Soldaten oder für die Leitung der Verwaltung und die Wirtschaftsführung gebraucht - musste nach anderen Lösungen gesucht werden. Die Reichsregierung griff eine seit längerem in nationalistischen Kreisen virulente Idee auf, die „Heimholung“ der Deutschen aus dem Ausland.

(Exkurs: Unter dem Motto „Heim ins Reich“ wollte das Deutsche Reich möglichst viele Deutsche aus dem Ausland zurückholen. Die „Heimgeholten“ sollten in den „eingegliederten Gebieten“ – in erster Linie im annektierten Polen – angesiedelt werden, um diese Gebiete zu „germanisieren“. Grundsätzlich war das Programm auf alle Auslandsdeutschen weltweit ausgerichtet. Statistisch fiel die Rückkehr der Deutschen aus Übersee nicht ins Gewicht. Außerdem war die Problemlage so vielfältig, dass dieser Teil ausgeklammert bleiben soll. In Westeuropa waren vor allem die Deutschen in Südtirol betroffen, die unter dem Druck einer zwischen dem Deutschen Reich und Italien getroffenen Absprache vor die Entscheidung gestellt wurden, Italiener zu werden oder nach Deutschland auszuwandern.

Die meisten Deutschen, die für eine „Heimholung“ in Betracht kamen, lebten in Mittel- und Osteuropa. Ihre Gesamtzahl betrug ohne die Deutschen in Polen und der Tschechoslowakei 3,6 Mio. Ein großer Teil war in den Gebieten ansässig, die aufgrund des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes an die UdSSR gefallen waren. Die bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts andauernde Unterdrückung der Minderheiten und die Erfahrungen in und nach dem Ersten Weltkrieg hatten bei den deutschen Minderheiten keine Hoffnungen auf die Anerkennung ihrer Rechte in Krisenzeiten aufkommen lassen. Dies galt insbesondere für die Deutschen in der UdSSR. Nach Kriegsbeginn kamen Emissäre der Reichsregierung in die Siedlungsgebiete, um ihnen klarzumachen, dass sie nur zwei Alternativen hätten, „heim ins Reich“ zu kommen oder als Volksgruppe

unterzugehen, wobei zu befürchten war, dass dies nicht nur zu einer kulturellen, sondern in vielen Fällen auch zu einer physischen Vernichtung führen würde. Personen, die nicht umsiedeln wollten, galten als „Volkverräter“.

Auch aus Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, der Gottschee, Bulgarien, der Dobruzscha, der Bukowina und Bessarabien wurde jeweils der größte Teil der deutschen Minderheiten „heimgeholt“ - aus Rumänien nur ca. 2000.

Die Deutschen aus dem Generalgouvernement wurden praktisch zu 100 % umgesiedelt.

Die Gesamtzahl der quasi zwangsweise aus Mittel- und Osteuropa ausgesiedelten Deutschen betrug ca. 1 - 1,2 Mio. Auch sie durften nur wenig Gepäck mitnehmen. Ca. 630.000 - 720.000 Deutsche wurden in den Reichsgauen Ostpreußen, Westpreußen, Wartheland und Oberschlesien angesiedelt.)

Die „heimgeholten“ deutschen Minderheiten glaubten, sie würden in das „Altreich“ umgesiedelt, in die Gebiete, die bereits vor dem Krieg zu Deutschland gehört hatten. Tatsächlich kamen auch viele zunächst in entsprechende Lager. Aus den Lagern wurde der größte Teil in die annektierten polnischen Gebiete geschickt und in Häuser und Wohnungen eingewiesen, aus denen oft erst Stunden zuvor die polnischen Eigentümer vertrieben worden waren. Die Polen hatten bis auf wenige Kilo Gepäck alles zurücklassen müssen. Unter den angesiedelten Deutschen ging bald der bittere Kommentar um: „Als wir kamen waren die Betten noch warm.“ Soweit die führenden NS-Kader Villen und Gutshäuser nicht benötigten, wurden die deutschen Umsiedler auch hier eingewiesen. Es gab eine Reihe von Fällen, bei denen die früheren polnischen Eigentümer zunächst in ihren Heimatorten bleiben durften. Die Begegnungen mit den „neuen Herren“ waren für beide Seiten wenig angenehm. Bei Wirtschaftsbetrieben und in der Landwirtschaft mussten häufig die früheren Eigentümer oder Betriebsführer unterschiedliche Zeiträume den „neuen Herren“ bei der Übernahme helfen.

Allerdings gelang nicht immer, alle vertriebenen Polen durch Deutsche zu ersetzen. Aus dem ostoberschlesischen Kreis Saybusch / Zywiec wurden 18.000 Polen vertrieben. Es konnten aber nur 3200 Bukowina-Deutsche angesiedelt werden.

Der Größenwahn der NS-Besiedlungspolitik und die die Behandlung polnischer und deutscher Bürger als „Menschenmaterial“ soll mit zwei Beispielen belegt werden. Obwohl nicht genügend Deutsche und „eindeutschungsfähige“ Polen zur Verfügung standen, um die eingegliederten Gebiete zu „germanisieren“, begann die SS im Generalgouvernement südöstlich von Lublin eine deutsche Siedlungsinsel anzulegen. Aus dem Kreis Zamosch / Zamosc wurden seit dem Jahreswechsel 1942/43 110.000 Polen in die Nachbarkreise des im Verhältnis zu seinen Ressourcen überbevölkerten „Generalgouvernement“ vertrieben, um an ihrer Stelle Deutsche aus der Bukowina anzusiedeln. (Zur Erinnerung: Gleichzeitig zeichnete sich bereits die Niederlage in der Schlacht um Stalingrad ab.) Es gelang jedoch nur die Ansiedlung von 9000 Personen. (Zu den – zwangsweise – Angesiedelten gehörte auch die Familie des späteren Bundespräsidenten Köhler.) 1944, nach nur wenigen Monaten, mussten sie weiter nach Westen flüchten.

Ähnlich unsinnig waren die Siedlungspläne für die Deutschen in Litauen. Aufgrund der in dem Zusatzabkommen zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt erfolgten Aufteilung der Interessensgebiete wurden sie Anfang 1941 ausgesiedelt. 1942, ein Jahr nach dem Einmarsch in der UdSSR, wurden sie wieder in Litauen angesiedelt, allerdings nicht in ihren früheren Heimatgebieten, sondern in von der SS ausgewählten Orten, Gebäuden und landwirtschaftlichen Betrieben, aus denen die Eigentümer zuvor vertrieben worden waren, um die „Germanisierung“ voranzubringen. 1944 mussten sie wieder flüchten.

VI. Das Ende der deutschen Besatzung

Ziel dieses Aufsatzes war nicht, alle polnischen Opfer während des 2. Weltkrieges aufzuzählen, sondern nur die Vertreibung der Polen zu schildern, soweit sie im Zusammenhang mit der Aktion „Heim ins Reich“ stand.

Dies war nur eine von mehreren Vertreibungen, die Polen erleiden mussten. Es sei nur an die Zerstörung Warschaus und die Vertreibung seiner Bevölkerung sowie die Vertreibung der Polen aus dem von der UdSSR annektierten Ostpolen erinnert.

Gotthold Rhode, der große Osthistoriker, beendete seine 1965 vor dem Beginn der neuen Ostpolitik veröffentlichten „Kleine Geschichte Polens“ mit den folgenden Bemerkungen (S. 500 f):

„Die in den Morgenstunden des 1. September 1939 beginnende Katastrophe des Zweiten Weltkrieges beendete nicht nur den Zeitraum polnischer Geschichte, indem das Geschick des polnischen Volkes und seines Staates entscheidend von ihm selbst gestaltet werden konnte. Sie riss weite Kreise des polnischen Volkes auch in furchtbarer Weise aus Vorstellungen heraus, die ihm in der Zeit einer Politik der Stärke und der faits accomplis suggeriert worden war. Dieser Schock der Septembertage 1939, der außerhalb Polens kaum nachempfunden werden kann, beeinflusst auch das Verhältnis des polnischen Volkes zu seiner Geschichte, die ihm zum Teil immer noch als Bestätigung eigener Größe und einer besonderen Sendung innerhalb Europas, zum Teil aber auch als Beweis eines tragischen Irreweges durch Jahrhunderte hindurch erscheint.

In dieser zwiespältigen Haltung zur eigenen Vergangenheit begegneten sich Polen und Deutsche in eigentümlicher Weise, sodass beide leicht dazu neigen, in der Geschichte ein Schuldregister eigener und fremder Verfehlungen zu sehen, dass man dem Nachbarn und sich selbst vorhält. Daneben aber führt diese Haltung zunehmend auch dazu, die eigene Geschichte wie die des Nachbarn sachlich zu betrachten und sie vor allem eingehender kennenzulernen als lediglich unter dem Gesichtspunkt der beiderseitigen Vorwürfe.“

Friedrich Zempel